



Regierungsrat

Luzern, 4. April 2023

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

P 1032

Nummer: P 1032
Eröffnet: 28.11.2022 / Justiz- und Sicherheitsdepartement
Antrag Regierungsrat: 04.04.2023 / Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 366

Postulat Stadelmann Karin und Mit. über eine Einführung einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung über den Bevölkerungsschutz für junge Schweizerinnen im Kanton Luzern (P 1032)

Jeder männliche Schweizer Bürger ist gemäss Bundesverfassung ([Art. 59](#) Abs. 1 BV; SR 101) und des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung ([Art. 2](#) Abs. 1 MG; SR 510.1) grundsätzlich militärdienstpflichtig. Die Pflicht beginnt ab dem Jahr, in dem sie das 18. Altersjahr vollenden, stellungspflichtig werden und demzufolge an einer obligatorischen Orientierungsveranstaltung teilnehmen ([Art. 7](#) Abs. 1 und [Art. 8](#) Abs. 1 MG) müssen. Für nicht stellungspflichtige Schweizerinnen ist die Teilnahme an einer Orientierungsveranstaltung aktuell freiwillig (Art. 8 Abs. 3 MG).

Unserem Rat ist es ein grosses Anliegen, auf ein funktionierendes und für die Krisenbewältigung in unserem Kanton taugliches und vorbereitetes System des Bevölkerungsschutzes zurückgreifen zu können. Wir benötigen einen funktionierenden Bevölkerungsschutz, der für alle Arten der Krisenbewältigung gerüstet und auch personell zukunftssicher ausgestattet ist. Die Covid-19-Pandemie, Überschwemmungen, Hagelstürme oder drohende Mangellagen haben uns in jüngster Zeit vor Augen geführt, wie wichtig die Elemente des Bevölkerungsschutzes sind, wie entscheidend deren Zusammenspiel im Verbund ist.

Unser Rat erachtet daher insbesondere die Bestandesentwicklung aller Partnerorganisationen im Verbundsystem des Bevölkerungsschutzes als zentral. Bedingt durch die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen sowie sozialen Entwicklungen und Veränderungen gestaltet sich die Rekrutierung von ausreichendem und gutem Personal als zunehmend schwierig. Das betrifft den Zivilschutz ebenso zum Beispiel das Gesundheits- und Sanitätswesen oder die Armee.

Auch der Bund hat die drohende personelle Unterdotierung im gesamten Bereich der BORS (Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit) erkannt. Die entsprechenden Bundesbehörden befassen sich in Zusammenarbeit mit den Kantonen aufgrund ihrer Zuständigkeiten gegenwärtig mit der Bestandessicherung von Armee und Zivilschutz sowie mit der verfassungsrechtlichen Frage in Bezug auf eine Ausweitung der Teilnahmepflicht für Frauen an den obligatorischen Orientierungsveranstaltungen. Grundsätzlich wäre eine Lösung auf Ebene Bund anzustreben. Angesichts der langen Umsetzungsdauer von zehn oder mehr Jahren drängt sich aber die Prüfung von Möglichkeiten auf kantonaler Ebene auf.

Daher müssen und wollen wir parallel dazu in unserem Zuständigkeitsbereich tätig werden, respektive da, wo die Gemeinden zuständig sind, unterstützend wirken. Das betrifft insbesondere Zivilschutz, Polizei, Gesundheitswesen und Feuerwehr. Frauen sowie niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer stellen dabei eine wichtige und breite Rekrutierungsbasis dar. In deren Einbezug sieht unser Rat eine grosse Chance für die Sicherheit des Kantons Luzern, bei letzteren zusätzlich zu Gunsten der Integration.

Lösungsvorschläge hat die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) bereits vorgelegt. Im Fokus steht unter anderem die Durchführung von Sicherheitswochen an der Sekundarstufe II. Ferner beschreiten einzelne Kantone im Rahmen ihrer Gesetzgebung eigene Wege. So beispielsweise im Kanton Aargau, wo eine Informationsveranstaltung zum Bevölkerungsschutz für Frauen sowie Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsstatus auf der Grundlage des kantonalen Bevölkerungsschutzgesetzes für obligatorisch erklärt werden soll. Im Kanton Luzern wird aktuell unter Einbezug der Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz ZPDK ein Konzept für die Durchführung von Informationsveranstaltungen im Bereich BORS entwickelt. Im Zentrum stehen dabei Thementage («Emergency Days») im Verkehrshaus der Schweiz ab dem kommenden Jahr.

Unser Rat ist der Ansicht, dass aufgrund der aktuellen Situation sowie der absehbaren Entwicklung zusätzlich zu diesen Lösungsansätzen weitere Informations- und Orientierungsmassnahmen für die Bevölkerung erforderlich sind. Die Einführung von obligatorischen Sicherheitsveranstaltungen in der dargestellten Form wird für den Kanton Luzern mit erheblichen personellem und finanziellem Mehraufwand verbunden sein. Dennoch sehen wir ein grosses Potenzial im Einbezug von Frauen sowie niedergelassene Ausländerinnen und Ausländern im Bereich Sicherheit und Bevölkerungsschutz. Hierzu sollen bis zum Jahresbeginn 2024 gemeinsam mit den betroffenen Organisationen konkrete Varianten inklusive dem nötigen personellen und finanziellen Mehrbedarf erarbeitet werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragen wir Ihrem Rat, das Postulat als erheblich zu erklären.